

Danziger Zeitung.



No 8948.

1875.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 4 R. 50 S. Auswärts 5 R. — Inserate, pro Petit-Zeile 20 S., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Retemeyer und Rud. Möller; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube u. die Jäger'sche Buch.; in Hannover: Carl Schübler.

Abonnements auf die Danziger Zeitung für Februar-März nimmt jede Postanstalt, sowie die Expedition, Danzig, Kettnerhagergasse No. 4 und 5 an.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 30. Jan. Die Verwaltung der Generaldirektion des Telegraphenwesens ist für die Dauer der Vacanz dem General-Post-direktor Stephan übertragen worden.

Versailles, 30. Jan. Die Nationalversammlung nahm im Fortgang der gestrigen Sitzung den ersten Artikel des Ventadon'schen Gesetzentwurfs an, welcher lautet: „Die gegebene Gewalt wird von zwei Versammlungen ausgeübt: von der Deputirtenkammer, die nach einem dem allgemeinen Stimmrecht gemäßen Wahlgesetz gewählt wird, und von einem Senate, dessen Zusammensetzung, Ernennung von Mitgliedern und Befugnisse ein Specialgesetz regelt.“ Die Beratung des zweiten Artikels findet morgen statt. Die Linke scheint geneigt, für den Antrag Wallous zu stimmen, wonach der Präsident der Republik auf sieben Jahre gewählt wird und wieder wählbar ist.

Nom, 30. Januar. Der König empfing heute Garibaldi, welcher in Begleitung des Generaladjutanten Medici erschien. Der König unterhielt sich längere Zeit mit demselben, besonders über die Projecte Garibaldi's zur Trockenlegung der römischen Campagna.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

St. Gallen, 29. Jan. Da die Geistlichkeit sich dem Beschluss, die Lehre von dem Unfehlbarkeitsdogma sammelndem Syllabus aus dem Religionsunterrichte zu verbanen, nicht gefügt hat, so hat der hiesige katholische Schulrat beschlossen den sogenannten Fastenunterricht den Lehrern zu übertragen. Falls die Pfarrgeistlichen den Käfern, welche diesen Unterricht genehmen, Beichte und Communio verweigern sollten, soll ein christkatholischer Geistlicher zu diesem Zwecke eingerufen werden.

Versailles, 29. Jan. Nationalversammlung. Bei der Abstimmung über den in der gestrigen Sitzung von Laboulaye eingebrachten Antrag des linken Centrums, nach welchem die Regierung der Republik aus zwei Kammer und einem Präsidenten bestehen sollte, wurde derselbe mit 359 gegen 335 Stimmen abgelehnt.

Reichstag.

56. Sitzung vom 29. Januar.

Zunächst steht der vom Abg. Stenglein eingehachte Gesetzentwurf, betreffend die Umänderung von Actionen in Reichswährung in der Fassung, die ihm die Commission gegeben hat, zur zweiten Beratung. (Es handelt sich dabei vorzugsweise um die in süddeutschen Gulden ausgegebenen Actionen, die nach Einführung der Markrechnung der Buchführung und der Berechnung der Dividenden durch die gebrochenen Zahlen, welche die Umrechnung erfordert, große Schwierigkeiten bereiten würden.) § 1. Die Bestimmung des Art. 207a des Handelsgesetzbuchs Absatz 3 findet keine Anwendung, wenn der Nominalbetrag von Actionen, welche nicht auf Thaler Courant oder Reichswährung lautet und nicht in eine mit fünfzig theilbare Summe der Reichswährung umgerechnet werden kann, auf den zunächst entsprechenden, durch fünfzig theilbaren Betrag von Reichsmarken erhöht oder verminderd wird. § 2. Eine Umwandlung nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes ist nur statthaft, wenn diese Umwandlung vor dem 1. Januar 1875 beschlossen und zum Handelsregister angemeldet worden ist.“ Roemer (Württemberg) beantragt dagegen ein Gesetz, welches den Sinn des Art. 207a feststellen soll. — Abg. Banks will von den beiden Gesetzesvorschlägen überhaupt nichts wissen und hofft, daß es nicht an Einspruch gegen die Abkürzung der Frist zwischen der zweiten und dritten Beratung fehlen wird, um das Zustandekommen eines unnißigen, ja schädlichen Gesetzes zu verhindern. Allerdings erwähnt den Actiengesellschaften ans den im Guldenfuß ausgedruckten Actionen eine mühsame Umrechnung, aber diese Unbequemlichkeit zu beseitigen, ist ihre Sache, dazu braucht man nicht gleich die Reichsgesetzgebung in Bewegung zu setzen. — Nach einer Replik des Berichterstattlers wird der Antrag Roemer einstimmig abgelehnt und der der Commission gegen eine sehr starke Minorität angenommen.

Dritte Beratung des vom Abg. Buhl vorgeschlagenen Gesetzentwurfs, betreffend Maßregeln gegen die Neblauskrankheit. Der § 1, der den Reichskanzler ermächtigt, Ermittlungen innerhalb des Weinbaugebietes der einzelnen Bundesstaaten über das Auftreten der Neblaus anzustellen und Untersuchungen über Mittel zur Vertilgung des Insects anzuordnen, wird ohne Debatte genehmigt. — § 2: Die von dem Reichskanzler mit diesen Ermittlungen und Untersuchungen beauftragten Organe sind befugt, auch ohne Einwilligung des Verfügungsberechtigten den Zugang zu jedem mit Weinreben besetzten Grundstück in Anspruch zu nehmen, die Entzettelung einer dem Zweck entsprechenden Anzahl von Rebstden zu bewirken und die entzettelten Rebstden, sofern sie mit der Neblaus befallen sind, an Ort und Stelle zu vernichten.“

Abg. Reichenberger (Crefeld) beantragt folgenden Zusatz: „Die vorstehend bezeichneten Organe sind möglichst aus den einzelnen Weinbautreibenden Gemeinden zu entnehmen. Zu den durch dieselben anzuordnenden Operationen müssen die etwa in den Gemeinden zum Zwecke der Regelung des Weinbau-Betriebes bestehenden Commissionen zugezogen werden.“ — Abg. Uebel nur am Orte selbst und von denjenigen entgegengetreten werden, die fortwährend mit dem Weinbau sich befassen und ihn bewachen. Das ist der wesentliche Zweck meines Antrages. Gewiß hat man

in den Weinbau treibenden Gegenden vor den Organen des Reichs allen Respekt; aber wenn von fernher Personen kommen sollten, um die Winzer am Rhein und an der Mosel etwa anguleien, wie sie ihre Stöde behandeln und der calamität entgegenzuhalten, wenn sie gar direkte Untersuchungen an Ort und Stelle vornehmen wollten, so würde die ungeheure Mehrzahl der Winzer sie einfach auslaufen, selbst wenn Geheime Commerzierräthe mit dieser Untersuchung beauftragt sein sollten. Offentliche Bekanntmachung und Aufklärung durch Flugschriften, Instructionen und Erlasse an die Behörden ist das allein zweckmäßige, was Seitens der Reichsbehörde in dieser Sache geschehen kann; aber ein thatächliches Eingreifen von ihrer Seite ist auf das Dringendste zu widerrathen.“ Ich bin überzeugt, daß die Winzer, die Bauern, die in solchen Dingen keinen Spaß verstehen, namentlich wenn es sich um Eindringen in das Eigentum handelt, den Commissaren einen nichts weniger als angenehmen Empfang bereiten werden, dem ich sie nicht ausliegen möchte. Es bestehen ja schon in allen weinbautreibenden Gemeinden Commissionen, die zu prüfen und zu beschließen haben, welche Weinberge in welchen Fällen diese Leute, die auf ihrem Gebiet ausgewandert sind, informieren und ihnen die notwendigen Ausführungen und Bekanntmachungen geben, die praktischen Eingriffe aber den Interessenten selbst überlassen.“ — Abg. Buhl: Ich muß auf das Entsprechende Widerspruch dagegen erheben, daß man, wie es der Vorredner gehabt, den weinbautreibenden Gemeinden unseres Antrags und die Bestimmungen dieses Gesetzes als einen flagranten Eingriff in das Eigentum darstellt. Die Verantwortlichkeit für ein solches Vor gehen, welches geradezu provocirt zu sein scheint, der Mitglieder der Comission, wenn sie ihr Amt ausüben, schlecht zu beharren, ist eine außerordentlich groÙe. Die Comission wird keineswegs, wie hier frölich dargestellt wurde, aus Commerzierräthen bestehen; sondern neben sachverständigen Praktikern im Weinbau, die in der betreffenden Gegend bekannt und angehängt sind, werden Männer der Wissenschaft und Spezialgelehrte auf die Mitglieder derselben sein. — Das Amende ment Reichenberger wird abgelehnt nur § 2 ange nommen. Dergleichen § 3: „Die durch die Ausführung dieses Gesetzes erwachsenden Kosten einschließlich der notwendigen im Rechte wege festzustellenden Erfolgsleistung für etwa zugefügliche Schäden werden aus Reichsmitteln bestreut.“ — Schließlich wird das ganze Gesetz in dritter Lesung definitiv genehmigt.

Beratung des Antrages des Abg. Tellkampf, den Reichskanzler aufzufordern, in Gemäßheit des Artikels 4 Nr. 13 der Reichsverfassung, den Entwurf eines Gefängnisgesetzes, betr. die zu regulirende Strafvollstreckung und die Reform des Gefängniswesens, dem Reichstage baldmöglichst vorzulegen zu lassen.“ — Abg. Dr. Tellkampf: Da das deutsche Strafgesetzbuch erlassen ist unter der Entwurf der deutschen Prozeß-Ordnung bereits der Commission des Reichstages überwiesen ist, so erscheint es nur zeitgemäß, auch den Entwurf eines Strafvollzugs regulierenden Gefängnisgesetzes, als mit diesen Gegebenen in untreibbarem Zusammenhange stehend, auszuarbeiten und vorlegen zu lassen. Der Gerechtigkeit entsprechend, muß Gleichmäßigkeit in der Vollstreckung der Gefängnisstrafen im ganzen Reich herrschen. Gegenwärtig ist das Gefängniswesen in den verschiedenen deutschen Staaten sehr mangelhaft und ungleichartig und kein einheitliches Gefängniswesen ist durchgeführt. Es ist unbegreiflich, wie man bei fast allen Strafgegebenen vor der Frage der Regelung des Strafvollzuges, hat stehen bleiben können. Überall rechnen die Gesetze mit den unbekannten Größen Haft, Gefängnis, Buchthaus, aber, was Gefängnis oder Buchthaus sei, sagen sie nicht. Daher ist die gesetzliche Regelung der wesentlichen Momente des Strafvollzuges ein dringendes Bedürfnis.“ — Abg. Schwarz: Allerdings ist eine einheitliche Regelung des Gefängniswesens wünschenswert, da fahrt in jedem Gefängniswesen nach den Ansichten der Beamten eine andere Methode angewendet wird; aber ein gewisses Discretionäres Ermeilen des Directors einer Strafanstalt wird nicht zu entbehren und durch kein Gesetz zu erlassen sein. Die Strafe darf nicht durch unnütze Milde ihrer Vollstreckung wieder abgeschwächt werden. Der Redner bitte um Ablehnung des Antrages, der ein, auch vom Abg. v. Hoever bei nicht gern gelehner „wohlwollender“ Antrag sei. — Abg. Ebert befürwortet den Antrag, der dem schon lange empfundenen Bedürfnisse, das Gefängniswesen einheitlich zu ordnen, entspreche; denn Deutschland sei in dieser Beziehung zu hinter allen anderen Staaten zurückgeblieben, daß nicht einmal in den Einzelstaaten eine gleichmäßige Regelung des Gefängniswesens erfolgt sei. — Abg. Lasler: Der Antrag ist durchaus kein sog. „wohlwollender“, sondern nur eine dringende Aufforderung an die Regierungen, die Frage des Gefängniswesens näher zu treten. Ich kann damit völlig einverstanden sein, daß wir in der Justiz-Commission bei Gelegenheit des Capitols der Strafvollstreckung in das Gesetz genaue und prägnante Bestimmungen darüber aufnehmen; darin bin ich aber anderer Meinung, daß die Regierungen so lange warten sollten, bis die Justiz-Commission ihre Arbeiten vollendet hat; ich bitte im Geiste, die Regierungen werden sich möglichst beeilen, damit wir in der Justiz-Commission von den Commissaren schon Auskunft über diese Arbeiten erhalten und in der nächsten Sessie den betreffenden Gesetzentwurf hier beraten können. — Der Antrag Tellkampf wird hierauf angenommen.

Im Anschluß daran wird die Petition des zur Zeit im Gefängnis am Pößnitzsee befindlichen Abg. Most discutirt. I. auf das Zustandekommen der Comission davon Abstand genommen, von den Vertretern der Regierung eine Auskunft über die von dem Petenten referirten Neuerungen zu verlangen und das Verhalten einzelner Gefängnisbeamten zu untersuchen. Um dieses zurückzuweisen, hätten wir nicht nötig, ein neues Gefängnisgesetz zu machen, denn es ist der allerhöchste Berthos gegen jedes Gesetz, wenn ein Gefängnisverwalter einen hilflosen Gefangenen in der hier geschilderten Weise behandelt, ohne zu bedenken, daß derselbe im Augenblicke nicht nur psychologisch ist, sondern auch gegen die Behandlung desjenigen keinen Schutz besitzt, der eigentlich auch zu seinem Schutz da ist. Der richtige Weg wäre hier die Verbürgung und der literarischen Beschäftigung zugestanden bekommen. Die Petitionscommission beantragt

diese Petition dem Reichskanzler mit der Aufforderung zu überweisen, dahin zu wirken, daß in denjenigen Bundesstaaten, in welchen die Strafvollstreckung bisher nicht durch Gesetz geregelt ist, insbesondere im Königreich Preußen, von den Bundesregierungen schließlich der Strafvollzug und das Gefängniswesen in einer Weise geordnet wird, daß dadurch der Vollzug der Strafen, namentlich der Gefängnisstrafen, im Sinne des Strafgesetzbuchs, insbesondere des § 16 des derselben, sichergestellt wird; den Reichskanzler ferner zu ersuchen, bei der preußischen Regierung dahin zu wirken, daß die §§ 23 der Instruction vom 24. October 1837, der Justizministerialerlass vom 24. Novbr. 1851 (c.) und § 37 der Haushaltordnung für das Strafgefangnis bei Berlin als mit dem § 16 Al. 2 des St. G. V. in Widerspruch stehend befeitigt werden. — Abg. Liebnecht verliest eine Reihe von Briefen, in denen sich seine Parteigenossen über eine gefechtige, zum Theil rohe Behandlung seitens der Gefängnisbeamten beschweren; es finden sich unter den Reden, mit denen die betreffenden Beamten die Gefangenen empfangen oder sonst angerufen haben sollen, auch einige, die Aehnlichkeit mit der Ausfertigung haben, mit welcher der Abg. Most in Pößnitzsee empfangen sein will: Redner verfestigt auch eine Ausfertigung, worin es heißt: „Ein gemeiner Dieb ist mir lieber, als ein Socialdemokrat vom reinsten Wasser“ (Stimmenredis: Sehr richtig!) Redner nach rechts gewendet: Ich danke Ihnen, m. H. Redner meint, wenn er oder einer seiner Parteigenossen über das Gefängniswesen spreche, so sei das gleichsam eine oratio pro domo, denn das Gefängnis sei für die Socialdemokraten fast zur Wohnung geworden. Bei der jetzigen Handhabung der Gelege in Deutschland sei es sehr leicht möglich in das Gefängnis zu kommen und die Handhabung sei zu tadeln, weil es keine unabhängige Richter mehr gebe. (Vom Präsidienten zur Sache gerufen und auf die Folgen aufmerksam gemacht, welche die Geschäftsförderung an dem zweimaligen Ruf zur Sache knüpft, behauptet der Redner, er habe zur Sache gesprochen; er will an das Haus appellieren und sehen, ob die Rebsfreiheit in diesem Hause noch besteht. Da ihn der Präsident jedoch darauf aufmerksam macht, daß ein solcher Appell nicht zulässig sei, so befreit sich der Redner.) Er richtet sein Kritik hauptsächlich gegen die Verbürgung in den Gefängnissen, die nach der Aussage des Abg. Most eine so monotone sei, daß er, Most, manchmal zwei Tage lang gar nichts genießen könne. Redner schließt damit, daß das Haus den Commissionsantrag annehmen und damit in dem Gefängniswesen ein Zustand ein Ende machen solle, der Deutschland mit Schimpf und Schande bedeckt. — Abg. Windhorst: Die vorliegende Petition zeigt uns, wie dringend das Bedürfnis ist, daß die Strafvollstreckung den humanen Grundstein unseres Strafrechtes entsprechend geregelt werde. Leider gibt es noch Leute, welche glauben, daß Rigorismus und abstößendes Benehmen sowohlwirkt zur Würde eines Gefängnisverwalters gehören; das ist aber ein sehr großer Irrthum; mit einer ruhigen würdevollen Haltung kommt er viel weiter, wie mit dem hier geschilderten Verfahren, das nur die Gemüther halbstarrig macht. Ich empfehle beide Anträge der Petitionscommission zur Annahme. Nachdem wir ein Strafgesetzbuch gemacht haben, das gerade wegen seiner humanen Grundlage auch außerhalb Deutschlands außerordentlichen Beifall gefunden hat, ist es unerhört, daß daneben alte Instructionen für Gefängnisse in Kraft geblieben sind, welche mit dem Gesetz direkt in Widerspruch stehen. (Befürwortung.) Der spezielle Antrag der Commission ist daher ebenso notwendig, wie der allgemeine, denn es geht in der That nicht an, daß Männer, die sich keiner ehrenhaften Handlungen schuldig gemacht haben, nach solchen Instructionen wie gewöhnliche Verbrecher behandelt werden. Wenn in Pößnitzsee das Zutunlassenverbot von solchen, die wegen Brekerverurteilt sind, mit anderen, die gestohlen oder betrogen haben, nicht zu vermeiden ist, so dürfte man die Strafgefangenen der erstgenannten Art nicht nach Pößnitz bringen, sonst vergeht man sich gegen den Geist der Humanität, der unser Strafrecht und die Richter entscheidet. In diesem Aufschluss befindet sich auch ein Mitglied eines Appellationsgerichts und der Director der Criminalabteilung des Königlichen Stadtkreises in Berlin. Was die Verbürgung betrifft, so besteht jetzt in Pößnitzsee ein ganz anderes System, wie früher. Die frühere Gefangenfest war nach der Ansicht der Aerzte zwar für einen Tagarbeiter vollkommen gesund, nicht aber für andere Personen, z. B. solche, die an eine ständige Lebensweise gewöhnt sind. Es ist deshalb für solche Personen eine leichtere Fest eingeführt worden. Darum ist auch die Selbstverbürgung nicht mehr nötig. Hierauf wird der Antrag der Commission angenommen.

Eine Anzahl Petitionen von Notarien und Notariatsnummern in Cisal-Lothringen wird dem Reichskanzler zu erneuter Erwähnung überwiesen.

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Naturalleistungen für die hemmungslose Macht im Frieden. Der Gesetzentwurf war auf die Errichtung Delbrück's, daß die Entschädigung von 1 Mt. für die volle Tagesfeste unannehmbar sei, in die Commission zurückverwiesen. Diese beantragt nunmehr, in § 9 folgende Bestimmung zu treffen:

Die Vergütung für Naturalversiegung beträgt für Mann und Tag

mit Brod	ohne Brod
a) für die volle Tagesfeste	80 Pfennige, 65 Pfennige,
b) für die Mittagsfeste	40 " 35 "
c) für die Abendsfeste	25 " 20 "
d) für die Morgensfeste	15 " 10 "

Wenn der Preis des Winterroggens nach dem Durchschnitte der November-Marktpreise in Berlin, München, Königsberg und Mainzheim für 1000 Kilogramm mehr als 180 Mark beträgt, so wird im folgenden Jahre für je zehn Mark dieses Mehrbetrages die Vergütung der vollen Tagesfeste mit Brod um fünf Pfennige, bis zum Satz von einer Mark erhöht und tritt entsprechend Erhöhung der übrigen Sätze ein. Vor Schluss des Jahres werden die hierauf für das folgende Jahr zur Anwendung kommenden Vergütungssätze durch den Reichsanzeiger öffentlich bekannt gemacht. Bei außergewöhnlicher Höhe der Preise der Lebensmittel kann der Bundesrat die Vergütungssätze zeitweise für das ganze Bundesgebiet oder für einzelne Theile desselben sowohl innerhalb der Grenzen von 80 Pfennigen bis zu einer Mark für die volle Tagesfeste mit Brod z. als auch über eine Mark hinaus erhöhen. Für Offiziere und im Offiziersrange stehende Aerzte und Militärbeamte ist der doppelte Betrag des auf die Mannschaft entfallenden Vergütungssatzes zu entrichten. Wenn jedoch ein Offizier z. erklärt hat, nur Dasein in gehöriger Zubereitung zu beanspruchen, was er nach dem Reglement bei einer Verpflegung aus dem Magazin zu fordern berechtigt sein würde (§ 4), so ist für ihn nur der einfache Betrag der Vergütung zu entrichten.“ — Berichterstatter Beigel empfiehlt diese Fassung als Vermittlungs-Antrag. Präsident Delbrück akzeptiert Namens der verbündeten Regierungen dessen Antrag. Abg. Lender bittet dagegen um Annahme des Beschlusses zweiter Lesung; denn der Antrag der Commission sei nicht aus der Überzeugung hervorgegangen, daß der Satz von 1 Mt. zu hoch sei, sondern nur veranlaßt worden durch die Erklärung des Bundesrates, daß bei der Festhaltung dieses Gesetzes das Gesetz unannehmbar sei. — Das Gesetz wird darauf mit der von der Commission vorgeschlagenen Änderung des § 9, für welche eine sehr große Majorität stimmte, angenommen; bei der Schlussabstimmung über das ganze Gesetz wird dasselbe fast einstimmig genehmigt.

Die Gesetzentwürfe betreffend die Einführung des Gesetzes über die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes, vom 25. Juni 1865 in Württemberg und Bayern, ferner die Gesetze

Entwürfe betreffend die Erweiterung der Umlaufung von Straßburg, und betreffend die Controle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsass-Lothringen für das Jahr 1874, werden ohne Debatte in dritter Berathung definitiv genehmigt. — Nächste Sitzung Sonnabend.

Danzig, den 30. Januar.

Berliner Blätter verbreiteten seit einigen Tagen die Nachricht, der Kaiser werde wahrscheinlich die bis jetzt immer aufgeschobene Reise nach Italien, als Erweiterung des Besuches Victor Emanuels in Berlin, im Frühling antreten, die Aixte hätten nichts mehr dagegen einzubringen. Die heute vor acht Tagen erfolgte Abreise des Schloßhauptmanns v. Dachröden nach Rom wurde damit in Verbindung gebracht. Die Reise des Kaisers scheint aber vorläufig ausgerückt zu sein; wenigstens haben die Offiziellen Ordre erhalten, zu erklären, daß die Reise des Herrn v. Dachröden mit „angeblichen“ Reiseplänen des Kaisers nichts zu thun habe, daß Jener vielmehr lediglich aus Gesundheitsrücksichten einen längeren Aufenthalt in Italien nehmen werde.

Der Reichstag wird heute mit der dritten Berathung des Bankgesetzes seine angestrennten Arbeiten schließen. Der viel umstrittene Sienmens'sche Antrag, der das Haus in zwei fast gleiche Hälftetheile teilt, wird heute in veränderter Form noch einmal den Reichstag beschäftigen. Derselbe beweiste bekanntlich, das Depositen- und Contocorrent-Geschäft gewisser Privatbanken vor der Vernichtung zu schützen. Der Wortlaut des Antrags aber ging, indem er alle in § 14 des Gesetz-Entwurfs des Reichsbank ausgelegten Schranken aufhob, über jenen Zweck hinaus. Es ist deshalb ein Verbesserungsantrag vorbereitet, der vermutlich eine große Mehrzahl des Hauses auf sich vereinigen wird. Dieser vom Abg. Lassler eingereichte und von allen Parteien unterstützte Antrag will im letzten Absatz des § 14 die Banken nur von der unter 2 bezeichneten Voraussetzung befreien und fügt am Schlusse des letzten Absatzes hinzu: „dem Buntessatz bleibt vorbehalten, diesen Banken einzelne der durch die Bestimmung unter 1 ausgeschlossenen Formen der Creditertheilung, in deren Ausübung sich dieselben bisher befunden haben, auf Grund des nachgewiesenen besonderen Bedürfnisses zeitweilig oder widerrechtlich auch ferner zu gestatten und die hierfür etwa nothwendigen Bedingungen festzusetzen.“ Auch die einprozentige Steuer in das Gesetz zu bringen, wird wieder versucht werden. Die Abstimmung über das Gesetz im Ganzen und die Schließung der Session werden in einer Abendstunde stattfinden.

Über den wesentlichen Inhalt des demnächst an das Abgeordnetenhaus gelangenden Gesetzentwurfs über die Dotation der Provinzial-Verbände theilt die „N. A. Z.“ Folgendes mit: Bekanntlich hat die Regierung schon früher die Absicht zu erkennen gegeben, den noch nicht dotirten Provinzial-Verbänden aus Staatseinnahmen eine Summe von 13,500,000 Mark für die Zwecke provinzieller Selbstverwaltung zu überweisen. Für diese Zwecke ist zunächst durch Gesetz vom 30. April 1873 eine Summe von 6,000,000 Mark bereits vom 1. Januar 1873 ab zur Verfügung gestellt. Zur Deckung der noch fehlenden 7% Millionen Mark sollen 6 Millionen aus dem Chaussee-Baufonds des Handels-Ministeriums entnommen und weitere 1½ Millionen aus der Überweisung anderer Positionen des Staatshaushalts für solche Zwecke verfügbar gemacht werden, wie sie bereits dem Provinzial-Verbaude von Hannover überwiesen worden sind. Den einzelnen Provinzen sollen die ihnen zustehenden Anteile an der Gesamt-dotation überwiesen und zugleich die Aufgaben bestimmt werden, welche die Verbände demnächst zu erfüllen haben. Außerdem aber beabsichtigt die Regierung durch die jetzige Vorlage, sowohl den einzelnen neu zu dotirten Provinzialverbänden über die Gesamtdotation hinaus, wie auch den schon früher dotirten Provinzen, außer den ihnen schon gewährten Renten und Kapitalien, noch weitere Summen aus dem Staatshaushaltetat unter Übertragung der entsprechenden Verpflichtungen, insbesondere in Betreff der Verwaltung und Erhaltung der Staatschauseen zu überweisen. Die Wertheilung der Jahresraten soll nach der „Post“ in der Art erfolgen, daß die Provinz Preußen 2½ Millionen Mark, Brandenburg 1½ Millionen Mark, Pommern und Posen je 1 Million Mark, Schlesien 2 Mill. Mark, Sachsen 1½ Millionen Mark, Schleswig-Holstein ½ Mill. Mark, Westfalen 1 Mill. Mark, Rheinland 1½ Mill. Mark, Berlin ½ Mill. Mark, Frankfurt a. M. 36,000 Mark und Hohenzollern 50,000 Mark empfängt.

Nachdem nunmehr spanische Regierungstruppen sich in den Besitz von Saragossa gesetzt haben, wird die Entschädigungsfrage in der Angelegenheit des „Gustav“ sicher einer schnellen Regelung entgegengehen. Die Großmächte sollen sich in Beantwortung des neulich erwähnten Rundschreibens für die Berechtigung der deutschen Ansprüche auf Schadversatz ausgesprochen haben. Lebzigens kann im Notfalle Deutschland an den spanischen Nordküste bereits mit mehr Nachdruck austreten. Nach einem gestern in Berlin eingetroffenen Telegramm ist die deutsche Corvette „Augusta“ vorgestern in Fertig eingetroffen.

Die französische Nationalversammlung ist in der Beratung der konstitutionellen Gesetzentwürfe einen Schritt vorwärts gekommen. Den schwierigsten Punkt aber, die Zusammensetzung und die Befugnisse des beschlossenen Senates, hat man einem Spezialgesetz überlassen, das weder einen langen parlamentarischen Kampf herbeiführen wird. Die Orléanisten denken sich im Senat nach der Auflösung der Kammer ihren Altersitz zu reservieren. Neben die Partei gruppierung bei den Abstimmungen fügt das Telegramm nichts. Die Krise ist übrigens noch lange nicht vorüber, und wie immer, wenn eine gefährliche Stunde naht, hat sich wieder die Nachricht verbreitet, daß Cambrai sich auf einem Gute in der Nähe von Versailles aufhalte, um im geeigneten Zeitpunkt durch ein Manifest die legitime Monarchie zu inauguriere. Er wird wohl wieder unverrichteter Sache nach Frohsdorf zurückzukehren.

In England hat die am Montag von Bright in Manchester gehaltene Rede fast nirgends Auflang gefunden, selbst von liberaler Seite gingen der freilich übertriebene Ausspruch aus, er

habe seine Weichenrede gehalten, und seine näheren Freunde sagen, Bright habe nicht zur Sache gesprochen; man habe vor ihm, dem allgemein geehrten Veteranen, ein entscheidendes Wort über die für seine Partei brennende Frage der Führerschaft erwartet, und statt dessen habe sich der Apostel des Freihandels in kirchliche Grilleleien vertieft. Namenlich die Hochkirchlichen sind erärrt gegen den Quäler, und dieser hat vorgestern in einer in Birmingham vor 6000 Menschen gehaltenen zweiten Rede seine früheren Aussprüche gemildert und ausdrücklich erklärt, er habe nicht beabsichtigt, gegen die Staatskirche zu heben. Sehr energisch verurtheilt er ferner das Streben der englischen Arbeiter nach Klassenvertretung.

In Österreich wird alles Interesse nun schon in der vierten Woche von dem Broich Ösenheim in Aufmarsch genommen, der bis jetzt einen Minister im Amt und vier a. D. mehr oder weniger stark compromittiert und einen rumänischen Minister zu Falle gebracht hat; auch die politischen Magnaten, die Sapieha, Jablonowski u. s. w. erscheinen in nicht sehr reiner Verbindung mit den ihnen sonst so antipathischen Rittern der Industrie. In Ungarn hält der „große Baron“ Sennheiss seine Zeit für gekommen. Der Führer der Conservativen, der für ein großes politisches und besonders als Finanzgenie gilt, hat gestern sein politisches Programm entwickelt, mittelst dessen er das Land zu retten gedenkt. In seiner Rede berichtet er alle Zweige der Regierung und die Verwaltung der Finanzen. Er hält an dem Ausgleich von 1867 und am Parlamentarismus fest, er verlangt administrative Reform mit ernannten Municipalbeamten, wünscht ferner eine Vereinigung der Justiz und eine Steuererhöhung unter Beobachtung ökonomischer Interessen. Er will ein klares Programm zur Lösung der Baufragen, am liebsten mit der Nationalbank, sodann eine Revision des Zoll- und Handels-Vertrages und schließlich eine Reduction des Heerwesens. Die ganze Rede, welche einen heftigen Angriff auf die bisherige Finanzpolitik enthält und die Thatenlosigkeit auf dem Gebiete der Reformen schwer lastete, läßt zuletzt doch nicht den Eindruck zurück, daß eine neue Parteigruppierung erfolgen werde, bürste aber eine heftige Opposition wachsen.

Deutschland.

△ Berlin, 29. Jan. Der Bundesrat berieb heute über die Stellung, welche die Reichsregierung zu den Beschlüssen des Reichstages über das Bankgesetz einzunehmen gedenkt. Der Bundesrat wird sich im Großen und Ganzen mit den bisherigen Reichstagsbeschlüssen einverstanden erklären, dagegen für den Fall, daß die einprozentige Steuer in dritter Lesung beschlossen werden sollte, auch eine Veränderung der Gewinnvertheilung, wie sie angesichts der einprozentigen Steuer früher in Aussicht genommen war, verlangen. Auch gegen die Heranziehung der Reichsbank zur Communalsteuer, wird der Bundesrat sich aussprechen, jedoch an etwaiger Festhaltung des bisherigen Beschlusses das Gesetz nicht scheitern lassen. Im Übrigen nahm der Bundesrat noch den Auschlußbericht über die Maßregeln gegen die Einschleppung der Cholera und über die Einsetzung einer internationalen Seuchen-Commission entgegen und beschloß in Bezug auf den erstgebauten Gegenstand die Annahme der Ausschußanträge bez. der internationalen Seuchen-Commission die Einleitung von Verhandlungen über einen Vertrag mit der österreichisch-ungarischen Regierung.

Auf Aufforderung der italienischen Regierung schweben bereits seit dem Juni 1873 Verhandlungen über den Abschluß einer Übereinkunft zwischen dem Deutschen Reich und Italien wegen gegenseitigen Berichts auf die Beibringung von Trauerlaubnisschein. Nachdem diese Verhandlungen durch eine am 3. Dezember pr. hier vollzogene Vereinbarung zum Abschluß gelangt sind, welche im Besitzlichen mit den von Deutschland zur Regelung derselben Gegenstandes mit den Niederländern und mit Schweden-Norwegen ausgetauschten Erklärungen übereinstimmt, ist jetzt dem Bundesrat der Vertragsentwurf vorgelegt worden. Derselbe bestimmt: Art. 1. Deutsche, welche mit Italienern in Italien und Italienern, welche mit Deutschen eine Ehe abschließen wollen, sollen in Zukunft, wenn sie ihre Staatsangehörigkeit nachgewiesen haben, nicht mehr verpflichtet sein, durch Vorlegung von Attesten ihrer bez. Heimathbüro vorzutreten, daß sie ihre Staatsangehörigkeit durch die Eheschließung auf ihre zukünftige Ehefrau und ihre in der Ehe geborenen Kinder übertragen, und daß sie demgemäß nach eingegangener Ehe sammt ihren vorgezogenen Familien von ihrem Heimathstaate auf Erfordern wieder werden übernommen werden. — Art. 2. Die darübergegenigen Angehörigen sind jedoch nach wie vor verpflichtet, falls dies in ihrer Heimath oder an dem Orte der Eheschließung gesetzlich vorgeschrieben ist, eine Bescheinigung ihrer zuständigen Landes-Behörde darüber vorzulegen, daß der Abschluß der Ehe nach dem bürgerlichen Rechte ihrer Heimath kein Hindernis entgegensteht. Der Art. 103 des italienischen bürgerlichen Gesetzbuchs, kraft dessen die in Italien beauftragenden Fremden vor der Eingehung der Ehe eine derartige Bescheinigung beizubringen haben und der Art. 33 des bayerischen Gesetzes vom 16. April 1868, welcher den Angehörigen der bayerischen Landesherrschaftsrechts des Rhineins die gleiche Pflicht aufsetzt, mithin unverändert in Geltung. — Der Handelsminister hat dem Abgeordnetenhaus Gesetzentwürfe über Anlegung von Straßen und Plänen in Städten und ländlichen Dörfern und die Begeordnung zugehen lassen.

Zudem gestern im Königlichen Schloß abgehaltenen Ball und Souper hatten ungefähr 1500 Personen Einladung erhalten, darunter auch eine größere Anzahl Reichstagsmitglieder. — Die Verjährung der Vorlage des Unterichtsgesetzes wird — wie man der „Post. Btg.“ aus Schlesien schreibt — von dem Cultusministerium noch benutzt werden, um über wichtige Einzelfragen die Gutachten der Bevölkerung einzuholen. So ist z. B. für die nächste schlesische Directoren-Conferenz mit Genehmigung des Cultusministers eine Reihe von wichtigen Vorlagen bestimmt, die sich auf die Gesundheitspflege

der Schüler, Bereisfachung der Abiturientenprüfung, Centralisation des Unterrichts der Realschulen I. Ordnung, gleichmäßige Regelung des Disziplinarverfahrens gegen Schüler u. c. beziehen.

Liebenhal, 27. Jan. Gestern wurden die Geschäftsbücher des hiesigen Spar- und Credit-Banks durch den Gerichts-Commissarius mit Beschlag belegt, ebenfalls, wie die „Niederschl. Btg.“ berichtet, auf Requisition der Staatsanwaltschaft.

Weiningen, 24. Jan. Zu unsere todten Strafen wird nun neues Leben einziehen. Die umfangreichen Enteignungen des Grund und Bodens und der Überreste von ungefähr 600 Gebäuden sind nach langwieriger Arbeit beendet. Die städtischen Behörden haben den Parzellierungssplan festgestellt und gestern mit der Überweisung der neuen Baupläne begonnen. Dieselben sind freilich durch die bedeutende Erweiterung der Straßen und dadurch, daß die Stadt einen Beitrag zur Herstellung des Trottoirs auf dieselben geschlagen hat, teurer geworden, als der enteignete Grund und Boden bezahlt worden ist. Die Commune wird sich genötigt sehen, ein Ansehen von nahe einer Million Mark zu machen. Der Gemeinderath hatte bei der Feststellung der Benennungen der Straßen beschlossen, zwei neuen Straßen die Namen „Berliner“ und „Lipziger“ zu ertheilen, um damit der Dunkelheit Ausdruck zu geben gegen die Städte, welche uns die reichsten Gaben zugesandt hatten. Die Ausführung dieses Beschlusses wurde aber durchkreuzt von einer höchstem Verfügung, welche für die neuen Straßen Namen aus der Spezialgeschichte des preußischen Hauses bestimmt. (Also vielleicht: „Regisseurstraße“ oder „Ellen-Brandt-Straße“?)

Kassel, 27. Jan. Guten Vernehmen nach beabsichtigt der ehemalige präsumtive Thronfolger von Kurhessen, Prinz Friedrich von Humprecht, seinen Wohnsitz demnächst hierher zu verlegen. Es war dies schon längst der Wunsch seiner Gemahlin, einer preußischen Prinzessin, Tochter des Prinzen Karl, der aber wegen des Widerstrebs des vormaligen Kurfürsten nicht realisiert werden konnte. Bei der neulichen Unterredung des Kronprinzen mit dem Oberbürgermeister Nebelhan soll auch diese Angelegenheit erörtert werden sein.

Schweiz.

△ Nyon (Canton Waadt) ist so eben wieder ein Vorläpper der italienischen Einheit gestorben: Frederico Pescantini. Geboren im Jahre 1802, nahm er, mit Magazin, Gherardi, Garibaldi und andern italienischen Patrioten mit Freundschaft eng verbunden, an dem Geschlefe seines Vaterlandes von seinem Junglingsalter an den thätigsten Anteil. Im Jahre 1848 Mitglied der provisorischen Regierung in Rom, mußte er nach dem Sturz der Republik sein Vaterland verlassen. Er flüchtete sich nach der Schweiz, wo er gaskönigliche Aufnahme fand. Prinzessin ertheilte ihm das Ehrenbürgertum und der Bezirk Nyon wählte ihn sogar in den Grossen Rath des Cantons Waadt. Die Jahre 1859, 1866 und 1870 brachten ihm die Verwirklichung des Traumes seiner Jugend: ein Einheit Italiens. Er starb zufrieden.

Oesterreich-Ungarn.

Bett, 29. Jan. Anlässlich der in der heutigen Sitzung des Unterhauses stattgehabten Budgetberatung wurde von Seunheis ein förmliches Programm von durchgreifenden Reformen in der inneren Landesverwaltung eingeführten Reformen aufgestellt. Der Redner hob besonders hervor, daß bei diesen Reformen sowohl an dem Ausgleich wie an dem Parlamentarismus festgehalten und auf möglichste Zuverlässigkeit der verschiedenen Nationalitäten Rücksicht genommen werde.

Frankreich.

Paris, 27. Jan. Gestern fand das Begräbnis des am letzten Sonntag nach dreitägiger Krankheit verstorbenen Paul Touché statt. Touché war Victor Hugo's Schwager, es fiel daher auf, daß die Leiche aus der Wohnung in die Kirche gebracht wurde. Die Zahl der Leidtragenden war sehr groß; denn der Verstorbene war eine der bestbekannten Persönlichkeiten von Paris und hatte, obgleich er über 30 Jahre täglich an die „Indépendance Belge“ schrieb und in den letzten Jahren sogar Theater-Kritiker war, keinen Feind. Nicht hinter dem Leichenwagen befand sich Victor Hugo, der sehr schmerlich erregt auslief. Die Freidenker, die sich in großer Anzahl dem Leichenzug angegeschlossen, warteten vor der Kirche, bis die vorige Feierlichkeit beendet war. Victor Hugo betrat allein dieselbe und machte die kirchlichen Gebräuche mit, und warf sich nicht allein auf die Knie, sondern besprengte auch die Leiche mit Weihwasser. Die sterblichen Überreste wurden auf dem Kirchhof Montmartre beigesetzt, wo sich das Familiengrab befindet. Mehrere Neden wurden dort gehalten.

Graf Harry Arnum ist in Nizza angekommen, um den Winter dort anzubringen.

Spanien.

* In Bayonne curst das Gerücht, Dorrery sei in einem Zweikampf mit einem französischen Offizier verwundet worden.

England.

London, 28. Jan. Der Prinz von Wales geht nächste Woche nach Brüssel und wohnt dort der Hochzeit der Prinzessin Luise bei. — Bei der gestrigen liberalen Parteidemonstration zu Lewes nahmen Lord Kimberley und Goschen gegenüber den bestehenden Meinungsverschiedenheiten eindringlich zum Compromiß. — Das von dem schottischen literarischen Verein alljährlich am 25. Januar gefeierte Geburtstagsfest Robert Burns' wurde aus Rücksicht für die Krankheit des Prinzen Leopold dieses Mal vertagt. Das Besinden des letzteren hat sich in so weit gebeffert, als keine neue Blütung eingetreten ist und der beunruhigende Schwächezustand nicht weiter zugenommen hat. — Die Frage, ob Mitglieder der bevorstehenden Nordpol-Expedition ihre bestehenden Lebensversicherungen Brämen erhöhen müssen, ist von mehreren hiesigen großen Versicherungs-Gesellschaften verneint und beantwortet worden. Die Erfahrung hat genugsam gelehrt, daß Reisen inmitten des ewigen Eises für die Gesundheit keine erheblichen Gefahren und sicherlich nicht halb so große, als Reisen im Bereich des Gleiters in sich schließen. — Ueber den Bau eines grossen Opernhauses (aus Privatmitteln) ist

bisher nur so viel beschlossen, daß das Gebäude auf dem Themseplateau zwischen der Westminster- und der Hungerfordbrücke zu stehen kommen soll, somit nicht weit vom Parlamente und der neuen Straße, die von Trafalgar-square nach dem Quai hinunterführen wird.

London, 28. Jan. Die Admiraltät hat, der „Wall Mail Gazette“ aufgefolgt, gestern vorbehaltlich ärztlicher Prüfung aus den Händen von See-Offizieren, die sich gesetet, diejenigen bestimmt, welche an der beschlossenen Polar-Expedition Theil nehmen sollen. Neben dem Capitän Nares und dem Commandeur Martham sind dies sieben Lieutenant, zwei Unter-Lieutenant, ein Arzt, zwei Bahnmeister und vier Ingenieurs. Für die Expedition hat die Admiraltät bereits die benötigten Völze in Verbindung gegeben. Der Lieutenant ist in derselbe, welcher gleiche Kleidungsfüllze zu den vier Expeditionen zur Aufsuchung Franklin's ließ. — Wie in der Armee, so nehmen neuerdings auch in der Marine die Deserteure überhand. Der Grund hierfür ist wohl in der etwas rücksichtslosen Art zu suchen, in welcher die Seemänner ohne weitere Vorbereitung und ohne Gelegenheit sich von ihren Familien zu verabschieden oder oft selbst diese zu benachrichtigen, nach fernren Stationen hin übergeben werden. Der Dienst mag dies vielleicht erheischen. Die Admiraltät hat mit der Absicht, dem Uebel zu steuern, ein Rundschreiben erlassen, worin sie die Seemänner ernstlich vor der Deserteure warn und ihnen anzeigen, daß Deserteure im Aufgreifungsfalle unbedingt nach auswärtigen Stationen hin commandirt werden sollen, also nicht etwa hoffen dürfen, durch das ungefährliche Mittel das gefürchtete Uebel zu umgehen.

Serben.

Belgrad, 29. Jan. In der heutigen Sitzung der Skupstchina wurde von dem Kriegsminister eine Vorlage eingebracht, durch welche der Dienst in dem siebten Heere von 3 auf 2 Jahre herabgesetzt wird. (W. T.)

Danzig, 30. Januar.

* Der Normalbetrag der Klassensteuer ist 42 Mill. M.; rechnet man dazu einen durch Reclamationen entstehenden Ausfall von 253,266 M., so hat die Veranlagung pro 1875 (44,495 262 M.) ein Mehr von 2,241,996 M. ergeben. Mit hin wurden auf jede 3 M. der veranlagten Steuer nur 2 M. 84^{22/25} Pf. zu zahlen sein. Da aber nach der gesetzlichen Vorschrift dabei Beträge unter 5 Pf. außer Betracht bleiben und der darüber entstehende Ausfall gegen den Normalbetrag auf 724,354 M. berechnet, auf das nächste Jahr übertragen wird, sind pro 1875 für jede 3 M. Steuer nur 2 M. 80 Pf. zu zahlen (d. h. es werden — wie bereits mitgetheilt — auf 1 M. Steuer 2 Pf. erlassen.) Der Finanzminister hat nun diesen Erlass so vertheilt, daß auf jede 25 Pf. der veranlagten monatlichen Klassensteuer im ersten Monat des Quartals nur 24 Pf., im zweiten und im dritten nur 23 Pf. zu zahlen sind.

* Der sehr grosse Uebelstand, daß wir seit Neujahr nach Reichswährung rechnen sollen, ohne eigentlich Reichsmünze in unserem Verkehr zu haben, wird noch dadurch vergrößert, daß der Mangel an Münzen herbeigeführt hat, die früher hier nur selten vorhanden waren. So sind jetzt namentlich massenhaft die hanauerischen und braunschweigischen Thalerstücke mit dem springenden Pferde in Verkehr. Wie man uns sagt, fängt nun das Publikum bereits an mißtrauisch gegen diese Geldstücke zu werden. Die öffentlichen Kassen sind nur verpflichtet, dieselben, da sie Scheidemünzen sind, in Beiträgen von weniger als 3 M. in Zahlung zu nehmen und die Bankiers wollen sie nur gegen 20% Agio einwechseln. Es verbietet darauf hingewiesen zu werden, daß das Misstrauen ein ungerechtfertigtes ist; zunächst sind diese Geldstücke bisher nicht außer Cours gesetzt; dann aber können sie, wenn sie außer Cours gesetzt werden sollten, nicht das Schätzchen der österreichischen Gulden- und Viertelgulden-Stücke haben, sondern müßten als deutsche Landesmünze zu ihrem gesetzlichen Werth von 2½ Gr. = 25 Reichs-Pf. eingelöst werden.

* Das Präsidium des deutschen Nautischen Vereins hat in Folge eines Beschlusses des vorjährigen Vereinstages an das Reichskanzleramt den Antrag gerichtet, alle deutschen Seemannsämter im In- und Auslande anzuweisen, den deutschen Schiffen gebrückte Notizen über die Veränderungen in der Beleuchtung und Bezeichnung des Fahrwassers, der entdeckten Klippen und Untiefen auf allgemeinen Seewegen auf Verlangen und gegen eine entsprechende Vergütung zu Gebote zu stellen. Wie wichtig es für die Schiffssicht ist, daß unsere Seefahrer auch an ausländischen Hafenplänen sich rechtzeitig über neuangelegte Leuchttürme etc. unterrichten können, liegt auf der Hand. Die Unbekanntschaft mit einem neuen Seezeichen führt nur zu leicht zu Verwechslungen, die mit Strandung und Schiffbruch endigen. Das aber in dieser Hinsicht auch bei uns staatlicher Seite noch mehr geschehen kann und geschehen muß, scheint daraus hervorzugehen, daß ein Danziger Schiffer am 23. d. M. auf dem deutschen Consulate zu Sunderland noch nichts über das zweite Leuchtturm zu Rixhöft hatte erfahren können, obwohl doch dieses Leuchtturm seit dem 1. d. M. angezündet ist. Er schreibt darüber an seinen Reder: „Doch auf Rixhöft die beiden Feuer bereits seit dem 1. d. M. brennen, wußte ich noch nicht, obgleich ich den Thurm gesehen habe. Ich danke Ihnen bestens für die gegebliche Mittheilung.

